

Antrag

der Abgeordneten Dr. Marcus Faber, Daniela Kluckert, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Hermann Otto Solms, Alexander Graf Lambsdorff, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Daniel Föst, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Pascal Kober, Ulrich Lechte, Dr. Martin Neumann, Dr. Wieland Schinnenburg, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae und der Fraktion der FDP

Beziehungen zu Taiwan fördern und nachhaltig verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Taiwan ist ein Musterbeispiel für demokratische Transformation. Gerade im asiatischen Raum ist die politische und gesellschaftliche Entwicklung Taiwans sowie der Umgang mit der eigenen Geschichte vorbildlich. Diese Entwicklung wollen wir auch weiterhin unterstützen, indem wir die Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Ebene ausbauen und intensivieren. Als moderne, offene und demokratische Gesellschaft ist Taiwan ein starker Partner in Südostasien: Aus einer Vertiefung dieser Partnerschaft können sich fruchtbare Synergieeffekte ergeben. Die demokratische Entwicklung Taiwans und den vorbildlichen Umgang Taiwans mit seiner Geschichte begrüßen und unterstützen wir.

Das Ziel Deutschlands sollte es sein, unterhalb der Schwelle der Anerkennung der Staatlichkeit, eine größtmögliche Vertiefung der wichtigen Partnerschaft mit Taiwan anzustreben. Die zunehmend aggressive Politik der Volksrepublik China gegenüber Taiwan sieht der Deutsche Bundestag mit wachsender Sorge. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und anderen Demokratien, allen voran Australien, Japan, Indien und den USA, wollen wir eine Strategie entwerfen, um China von der Drohung einer gewaltsamen Einnahme Taiwans abzubringen und China anhalten, auf dem Pfad der Diplomatie zu bleiben (www.welt.de/politik/ausland/article197356121/China-wuerde-Taiwan-auch-mit-Gewalt-eingliedern.html).

Die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich des vom chinesischen Volkskongress beschlossenen so genannten Sicherheitsgesetzes für Hongkong werden in Taiwan ebenso wie international mit erheblicher Sorge beobachtet. Die Maßnahmen gegen Medien und Oppositionelle in der Sonderverwaltungszone verstärken das Misstrauen der demokratischen Kräfte Taiwans gegenüber der Volksrepublik. Die Regierung in Peking missachtet die für Hongkong geltenden internationalen Vereinbarungen und schafft den Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“ de facto ab. Das Ende der Autonomie Hongkongs und die „Vereinigung“ mit Taiwan wird von chinesischen Nationalisten offen

propagiert. Und auch Staats- und Parteichef Xi Jinping drohte 2019 offen die Angliederung und Herstellung eines „Gesamtchinas“ auch mit Waffengewalt zu erzwingen (www.tagesschau.de/ausland/wahl-taiwan-101.html). Auf internationale Kritik an diesem Verhalten reagiert die Volksrepublik China immer aggressiver, wie unter anderem der Umgang mit dem langjährigen Handelspartner Australien zeigt.

Die Volksrepublik China verfolgt mit Nachdruck und zahlreichen Mitteln das Ziel, Taiwan international zu isolieren. So möchte die Regierung in Peking durch ein Verbot von Individualreisen die Tourismusindustrie Taiwans beeinträchtigen (www.dw.com/de/china-verbietet-individualreisen-nach-taiwan/a-49830107). Zusätzlich betreibt die Volksrepublik Desinformation, wodurch Taiwan international desavouiert werden kann (www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-taiwan-china/provocative-china-pressures-taiwan-with-fighters-fake-news-amid-virus-outbreak-idUSKBN20Q08M). Neben wirtschaftlichen Maßnahmen soll Taiwan allerdings auch auf Druck der Volksrepublik aus internationalen Organisationen herausgehalten werden. So konnte durch politische Einflussnahme erreicht werden, dass Taiwan auch weiterhin keinen Beobachterstatus in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erhält. Und das, obwohl Taiwan einen herausragenden Umgang mit der SARS-CoV-2-Pandemie vorweisen konnte. Diese Expertise hätte substanzielle Informationen für eine frühzeitige und effiziente Bekämpfung des Virus beitragen können (www.deutschlandfunk.de/machtpolitik-mit-dem-virus-warum-china-taiwan-aus-der-who.799.de.html?dram:article_id=470315).

Gleichzeitig wird Taiwan durch die Volksrepublik auch mit militärischen Mitteln unter Druck gesetzt. Wie etwa durch eine massive Aufrüstung an der Festlandküste, die Aufschüttung von Inseln und die Aufstockung der dortigen Militärpräsenz und auch wiederholte Verletzungen des Luftraums Taiwans (www.tagesspiegel.de/politik/konflikt-zwischen-pekings-und-taipehs-chinesische-militaerflugzeuge-dringen-kurzzeitig-in-taiwans-luftraum-ein/25531010.html). Deutschland und gleichermaßen die Europäische Union sind aufgefordert, im Zuge der wertebasierten und interessengeleiteten Außenpolitik, Taiwan zu unterstützen und sich für die Beibehaltung des Status quo einzusetzen. Gemeinsam mit der EU sollte Deutschland für die politische Stabilisierung Taiwans beitragen, indem die wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Beziehungen ausgebaut werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die bilaterale wirtschaftliche Kooperation auszuweiten und zeitnah Verhandlungen über ein freihandelsähnliches Abkommen – ähnlich der Abkommen zwischen Taiwan und Singapur bzw. Taiwan und Neuseeland – anzustoßen;
2. den Austausch in den Bereichen Forschung, Wissenschaft sowie den Austausch zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen zu intensivieren und zu fördern;
3. das große Potential für eine verstärkte Kooperation im Bereich technologischer Innovation zu nutzen, indem der Ausbau der Vernetzung im Bereich Forschung und Wissenschaft sowie von Start-ups vorangetrieben wird;
4. insgesamt den Austausch zwischen Deutschland und Taiwan durch Mittlerorganisationen, wie das Goethe-Institut, nachhaltig zu fördern;
5. Konsultationen auf parlamentarischer Ebene zwischen Deutschland und Taiwan nachhaltig zu vertiefen und regelmäßige gemeinsame parlamentarische Konferenzen zum Austausch zu initiieren;
6. Konsultationen auf exekutiver Ebene zwischen Deutschland und Taiwan zu vertiefen;
7. Taiwan bei Bestrebungen zu unterstützen, Beobachterstatus in internationalen Organisationen (wie insbesondere der WHO) zu erlangen;

8. die friedliche Lösungsfindung im Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan zu unterstützen;
9. gegen militärische Provokationen gegenüber Taiwan durch die Volksrepublik China nicht nur auf bilateraler, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene diplomatisch vorzugehen;
10. die militärischen Ambitionen Chinas besonders im Südchinesischen Meer auf internationaler Bühne anzusprechen und für die Durchsetzung des Völker- und Seerechts einzutreten.

Berlin, den 8. Juni 2021

Christian Lindner und Fraktion

